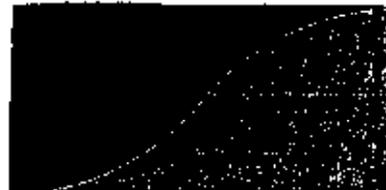


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Willy Brandt erinnert an
das Hambacher Fest: Be-
kenntnis zur Freiheit.

Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB setzt
sich dafür ein, die Pro-
bleme von Sinti und Roma
in Bildung und Ausbildung
zu lösen: Wir können von
einander lernen.

Seite 2

Hans-Joachim Seeler MdEP
interpretiert den Europa-
Beschluss des Münchner
Parteitages: Nur gemein-
sam eine gesicherte Zu-
kunft.

Seite 3

Wilhelm Schmidt MdL setzt
sich für mehr Sportsende-
zeit in Funk und Fern-
sehen ein: Krasse Un-
gleichgewichte.

Seite 5

Volkmar Gabert MdEP zur
gemeinsamen europäischen
Verkehrspolitik im Alpen-
raum: Vertrauen steht auf
dem Spiel.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 92

14. Mai 1982

Bekenntnis zur Freiheit

Das Hambacher Fest bleibt aktuell

Von Willy Brandt MdEP, MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Hambacher Fest - Zentrum einer der politischen Bewe-
gungen in der deutschen Geschichte, auf die wir stolz sein
können - war ein Bekenntnis zur deutschen und zur euro-
päischen Freiheit. Ein Bekenntnis zu Bürgerrechten und Re-
formen, bis hin zur Pressefreiheit und zur Gleichberechtigung
der Frau. Und - im Anknüpfen an die französischen
Revolutionen, zugleich an den Freiheitskampf der Polen -
ein Bekenntnis zu dem, was die Arbeiterbewegung wenig spä-
ter Internationale Solidarität genannt hat. Über Friedrich
Engels, dessen Freund Johann Philipp Becker voll Begeiste-
rung dabei war, hat dieses Fest des bürgerlichen Freiheits-
kampfes ja auch seine Impulse in die sozialistische Bewe-
gung weitergegeben.

Hambach ist zugleich eine der verschenkten Chancen deut-
scher Geschichte. Für eine historische Sekunde tritt aus
dem Wolkengemisch von Freiheitsstreben und Nationalismus
die politische Idee eines freien Europa auf der Grundlage
von Aufklärung und Demokratie hervor. Völkereinheit hat
man damals gefordert, ein konföderiertes republikanisches
Europa. Wie aktuell ist dies, nach einhundertfünfzig Jah-
ren! Vor allem, wenn wir den Satz nicht zur Phrase verkom-
men lassen wollen, daß das deutsche Volk seine nationale
Identität - seine durch geschichtliche Verbrechen und
durch die Teilung gebrochene nationale Identität - nur in
einem geeinten Europa zurückgewinnen könne. Und wenn wir
von der Idee Europa mehr erwarten als die heutige Wirk-
lichkeit der vielfachen Unzulänglichkeiten uns verheißt.

(-/14.5.1982/ks/ca)

+ + +



Wir können von einander lernen

Die Probleme von Sinti und Roma in Bildung und Ausbildung müssen gelöst werden

Von Eckart Kuhlwein MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Am Freitag hat im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ein Sachverständigen-gespräch über Möglichkeiten zur Überwindung gegenwärtiger Probleme von Sinti und Roma in Bildung und Ausbildung stattgefunden. Ganz besonders wichtig war, daß dazu Sinti und Roma als Vertreter der Betroffenen gekommen waren und in eigener Sache sprechen konnten. Dies ist leider viel zu oft noch keine Selbstverständlichkeit.

Allzulange ist in Fragen, die Sinti und Roma existentiell betreffen, über deren Köpfe hinweg geplant, entschieden und gehandelt worden. Wir dürfen und wollen das weder verschweigen noch vergessen. Wir dürfen und wollen nicht verschweigen und ver-gessen, daß Sinti und Roma während der NS-Diktatur verfolgt und ermordet wurden. Wir dürfen und wollen nicht verschweigen und vergessen, daß sie in den fast 40 Jahren da-nach vielfach weiter mißachtet, abgelehnt, benachteiligt, im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden.

Es ist meine Überzeugung, daß ein neuer Anfang nur gelingen kann, wenn wir die morali-sche Verpflichtung, die gegenüber Sinti und Roma daraus erwächst, anerkennen und be-reit sind danach zu handeln. Dies hat der Bundeskanzler in seinem Gespräch mit Mit-gliedern des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma am 17. März 1982 für die Bundes-regierung zum Ausdruck gebracht.

Die Fraktionen der SPD und der FDP im Deutschen Bundestag bereiten zu den Problemen, die damit im Zusammenhang stehen, eine Große Anfrage an die Bundesregierung vor. Die Einbringung ist bereits beschlossen worden. Der Deutsche Bundestag wird darüber voraus-sichtlich in der zweiten Hälfte dieses Jahres debattieren. Davon werden sicher wesent-liche Anstöße zur Lösung von wichtigen Fragen ausgehen.

Eine Debatte im Deutschen Bundestag wird auch dazu beitragen, die geschichtlichen Hintergründe der derzeitigen Situation von Sinti und Roma in der Öffentlichkeit be-wußter zu machen. Die Menschen in diesem Land - vor allem auch die jungen Menschen - müssen um diese Hintergründe wissen. Sonst kann es keine wirkliche Bewältigung der Vergangenheit und keinen wirklich neuen Anfang geben.

Ich finde es beschämend, daß in unseren Schulbüchern und im Unterricht an unseren Schulen das geschichtliche Schicksal von Sinti und Roma, ihre Kultur und Tradition und ihre heutige Situation praktisch nicht vorkommen. Und wenn, dann mit dem falschen und vielfach herabsetzenden Operetten-Klischee vom "lustigen und sorglosen Zigeuner-leben", das nie gestimmt hat.

Dazu hat zweifellos auch die Tatsache beigetragen, daß in den Geschichtswissenschaf-ten dieses dunkle Kapitel unserer Vergangenheit niemals ernsthaft aufgearbeitet wur-de. Statt dessen wurde in sogenannten "wissenschaftlichen" Abhandlungen über "be-völkerungsbiologische Beobachtungen" geschrieben, die in Jargon und Inhalt fatal an die sogenannte "Zigeunerforschung" der NS-Zeit erinnern. Es wurde zugelassen, daß die rassistische Verfolgung von Sinti und Roma während des Dritten Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg zur "kriminalpräventiven Maßnahme" uminterpretiert wurde. Die dahinter ste-henden Ansichten fanden zum Teil Eingang in die Rechtsprechung, in Erlasse und Verord-nungen, und bestimmten das Handeln von Verwaltungsbehörden. Die Sinti und Roma, viel-fach des Schreibens und Lesens unkundig, die Schrecken der Verfolgung und der Behör-denwillkür im Dritten Reich noch vor Augen, standen dem weitgehend ohnmächtig gegen-über. Die Vernichtung ihrer intakten Sozialbeziehungen beraubte viele von ihnen der wichtigsten Garantie für wirtschaftliche und soziale Sicherheit.



Die wirtschaftliche Entwicklung machte ihre traditionellen Gewerbe unrentabel. Vielen gelang die Umstellung auf neue, erfolgreiche Berufstätigkeiten nicht. Sie wurden von öffentlicher Fürsorge abhängig, wurden an die Ränder der Städte in ghetto-ähnliche und unerträgliche Wohnsituationen abgedrängt. Ihre Kinder blieben ohne hinreichende Schul- und Berufsausbildung. Sinti und Roma wurden zu einer weithin vergessenen chancenlosen Minderheit.

Es waren nur einige, die schon lange, bevor 1979 die Sinti und Roma in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückten, damit begonnen haben, bei dem Versuch zu helfen, aus eigener Kraft Auswege aus einer vielfach aussichtslosen Situation zu finden. Sie konnten aber immer nur wenigen in ihrem unmittelbaren Wirkungskreis helfen.

Der erste große Durchbruch, der entscheidende Schritt aus der Anonymität der vergessenen und abgeschobenen Minderheit, gelang Sinti und Roma aber erst, als einige von Ihnen begannen, sich zu organisieren und durch gezielte Aktionen ihre Sache selbst in die Öffentlichkeit zu tragen. Wie immer man zu den Aktionsformen dieser Sinti und Roma steht, eines ist sicher: Ohne ihren Einsatz, der für mich ein Beispiel von Bürgersinn und Zivilcourage im besten Sinne ist, ohne zum Beispiel das "Memorandum der Roma-Welt-Union und des Verbandes Deutscher Sinti an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder", wären wir heute nicht soweit. Es wäre unehrlich und ungerecht, wenn wir dies nicht selbstkritisch anerkennen würden.

Ich weiß, daß die Arbeit der im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zusammengeschlossenen Verbände von manchem, zum Teil auch von Sinti und Roma selbst, sehr kritisch gesehen wird. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft wird sich hier nicht einmischen. Wir sind allerdings der Auffassung, daß in erster Linie die Sinti und Roma selbst darüber entscheiden müssen, wie sie sich organisieren und wie sie ihre Sache vertreten wollen.

Heute ging es uns darum, Antworten auf Fragen zu finden, die für die Chancen der Sinti und Roma, ihren gleichberechtigten und anerkannten Platz in dieser Gesellschaft zu finden, von großer Bedeutung sind. Es ging darum, Wege zu finden, die Sinti und Roma gleiche Chancen beim Zugang zu allen Bildungsangeboten eröffnen.

Ich weiß, daß dies ein Ziel ist, das nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Ein Ziel, das vor allem dann nicht erreicht werden kann, wenn nicht auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen die Benachteiligung der Sinti und Roma endlich ein Ende nimmt. Wir sind Realisten genug, um zu wissen, daß dies nicht leicht sein wird. Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges, der in vielen kleinen Schritten zurückgelegt werden muß.

Am Ende dieses Wegs wird - so hoffe ich - die Integration der Sinti und Roma in diese Gesellschaft stehen. Diese Integration kann aber nicht einfach Anpassung sein. Integration kann nicht bedeuten, daß Sinti und Roma ihre kulturellen und sozialen Werte endgültig aufgeben, daß sie aufhören, Sinti und Roma zu sein. Der Weg zur vollen Gleichberechtigung und Integration ist keine Einbahnstraße. Anstrengungen, Anpassungsbereitschaft und Toleranz wird auch von uns Deutschen verlangt. Das bedeutet, daß wir den Sinti und Roma auf diesem Weg ein gutes Stück entgegengehen müssen, daß wir bereit sein sollten, anzuerkennen und zu tolerieren, daß Sinti und Roma in vielem anders leben wollen als wir. Das bedeutet schließlich, daß auch wir bereit sein sollten, von Sinti und Roma zu lernen.

An manchen sozialen Werten, die das Zusammenleben von Sinti und Roma bestimmen, könnten sich unsere Schulen und Bildungseinrichtungen zum Vorteil der darin Lernenden und Arbeitenden sehr wohl orientieren.

Für uns - das heißt für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft - ergeben sich aus all dem einige grundsätzliche Positionen für die Entwicklung von Bildungsangeboten für Sinti und Roma.



1. Für uns sind die Bemühungen um eine Verbesserung der Bildungssituation von Sinti und Roma auch Teil der Anstrengungen, die unternommen werden sollten, um Sinti und Roma moralische Wiedergutmachung zu leisten, für das Unrecht das Ihnen zugefügt wurde.
2. Die Entwicklung solcher Bildungsangebote kann nur unter intensiver Beteiligung der Sinti und Roma erfolgen. Sie sind die besten Experten der eigenen Situation. Das heißt nicht, daß man auf Rat und Hilfe anderer erfahrener Mitbürger und Experten verzichten könnte. Es heißt aber, daß es Entscheidungen und Entwicklungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg oder gar gegen sie nach unserer Überzeugung nicht geben darf.

Beteiligung der Betroffenen ist für uns aber mehr als nur - das allerdings wichtige - Gespräch mit den Vertretern der Verbände. Sie muß vor Ort stattfinden. In den Gemeinden in denen Sinti und Roma leben, in den Schulen, die sie besuchen, in den Ausbildungsstätten und Erwachsenenbildungseinrichtungen, die sich für sie öffnen sollen.

Beteiligung der Betroffenen bedeutet schließlich auch, die Einbeziehung der Mitbürger von Sinti und Roma, ihrer Nachbarn, der Eltern und Mitschüler, derjenigen die mit ihnen zusammen lernen und arbeiten.

Daraus folgt

3. Nach unserer Überzeugung kann die Integration der Sinti und Roma in den Bildungsbereich nicht durch von oben verordnete "Einheitslösungen" und große Programme erreicht werden.

Sie muß vielmehr vor Ort erfolgen, orientiert an der konkreten Situation. Sie erfordert Engagement, manchmal mühsame Kleinarbeit und die Bereitschaft aufeinander zuzugehen von allen Seiten.

4. Wir sind der Auffassung, daß es falsch wäre, Sondereinrichtungen für Sinti und Roma zu schaffen. Dies würde nur neue Diskriminierung und neue Gettos schaffen, die wirkliche Integration auf Dauer behindern würden. Notwendige besondere Hilfen für Sinti und Roma sollten in die Angebote von Regaleinrichtungen eingebettet sein. Gesonderte Angebote sollten beschränkt sein auf Fälle in denen ohne gezielte Vorbereitung ein Übergang in Regaleinrichtungen nicht erfolgen kann oder wenn sie wegen einer besonderen Situation - etwa bei reisenden Gruppen - unumgänglich sind.
5. Der Grundsatz, daß Integration keine Einbahnstraße sein darf und Sinti und Roma ein Recht darauf haben, ihre kulturelle und soziale Identität zu wahren, bedeutet, daß Elemente der kulturellen und sozialen Tradition von Sinti und Roma in solche Bildungsangebote aufgenommen werden sollten.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft wird die Ergebnisse des heutigen Gespräches dazu nutzen, Anstöße für die systematische Entwicklung und Erprobung solcher Bildungsangebote zu geben und dies im Rahmen seiner Möglichkeiten nach Kräften unterstützen.
(-/14.5.1982/ks/ca)

+ + +



Nur gemeinsam eine gesicherte Zukunft

Sozialdemokraten für Weiterentwicklung der europäischen Integration

Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Außenwirtschaftsausschuß
des Europäischen Parlaments

Über den SPD-Parteitag in München im April ist viel berichtet worden. Im Vordergrund dieser Berichterstattung standen die Beschlüsse zur Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Unbeachtet geblieben ist, daß der Parteitag am letzten Tag auch einen grundlegenden Beschluß zur Europapolitik gefaßt hat, wemgleich zur Debatte hierüber keine Zeit mehr blieb.

Für die Sozialdemokraten bleibt der Zusammenschluß der Völker Europas ein wichtiges Ziel, die EG ein Eckpfeiler deutscher Politik. Der historische Prozeß der europäischen Einigung darf durch die gegenwärtige Krise der EG, die zu einem wesentlichen Teil aus den anhaltenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten resultiert, nicht infrage gestellt werden. Es bedarf vielmehr verstärkter politischer Anstrengungen, um diese Krise der Gemeinschaft zu überwinden.

Der Beschluß des Parteitages macht deutlich: Für die Sicherung des Friedens, für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Wohlstandes der europäischen Völker und für deren soziale Sicherheit ist die EG ohne Alternative.

Der Beschluß des Parteitages macht aber auch deutlich, daß mit der Europäischen Gemeinschaft eine neue politische Ebene entstanden ist und immer noch entsteht. Neben den Gemeinden, den Bundesländern und dem Bund hat die Europäische Gemeinschaft eine zunehmende Auswirkung auf immer mehr Lebensbereiche.

Fast alle Probleme, die uns gegenwärtig interessieren und bedrücken, haben ihren europäischen Bezug. Die Not der wachsenden Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Energieversorgung, der Schutz der natürlichen Umwelt, die Lösung der Nord-Süd-Probleme und die Konsequenzen der zunehmenden Arbeitsteilung für die europäische Industriestruktur sind nur gemeinsam, nur europäisch lösbar. Auch die Sicherheits- und die Verteidigungspolitik wird zunehmend eine gemeinsame europäische sein müssen, wenn sie erfolgreich fortgesetzt werden soll.

Diese Aufgaben werden die Sozialdemokraten nicht den Christdemokraten und den Liberalen allein überlassen. Die Sozialdemokratie in Europa hat eine große übernationale Tradition, die sie bewahren und weiterentwickeln wird.

Der Beschluß des Parteitages stellt klar, daß für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft und für ihre verbesserte Handlungsfähigkeit zwei Schritte unabdingbar sind: Die Führungsorgane der Gemeinschaft müssen entscheidungswilliger und entscheidungsfähiger werden. Vor allem muß der Ministerrat in die Lage versetzt werden, Mehrheitsentscheidungen zu treffen, so wie es in den Gründungsverträgen vorgesehen ist. Wer die europäische Union will, wer von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß die



Probleme der Völker Europas nur gemeinsam lösbar sind, der muß auch bereit sein, sich solchen Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen, das heißt nationale Interessen den gemeinsamen europäischen Interessen unterzuordnen. Zum zweiten ist notwendig, daß die Rechte des Europäischen Parlamentes in sachgerechter Weise erweitert werden. Das Parlament muß solche Kompetenzen bekommen, die zu den Minimalrechten eines demokratisch gewählten Parlaments gehören. Dazu gehört die Verstärkung der Mitwirkung bei der Verabschiedung des europäischen Haushaltes, die Verbesserung der Mitwirkung an der europäischen Rechtsetzung, die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle der Exekutive und die Anerkennung eines parlamentarischen Initiativrechtes. Wenn die Direktwahl zum Europäischen Parlament nicht nachträglich zur demokratischen Farce werden soll, so muß die Erklärung der Regierungschefs über die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments aus den Jahren 1974 und 1976 endlich in die Tat umgesetzt werden.

Der Münchner Europa-Beschluß der SPD fordert sodann eine wirksame gemeinschaftliche Regionalpolitik bei gleichzeitiger Konzentration auf die bedürftigen Regionen. Die Weiterentwicklung des Sozialfonds zu einem effektiven Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Entwicklung einer europäischen Energie- und Industriepolitik, die Entwicklung einer europäischen Verkehrspolitik, die Verbesserung der europäischen Umweltschutzpolitik und die Ausweitung der Mittel für Zwecke der Entwicklung und Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt, insbesondere auch zur Bekämpfung des Hungers in der Welt. Diese Maßnahmen müssen die Bedingungen für einen effektiven Einsatz der europäischen Finanzen erfüllen und stärker auch als Umverteilung zugunsten der schwächeren Regionen der Europäischen Gemeinschaft konzipiert werden. Andererseits muß aber bei der Belastung der Mitgliedstaaten durch ihre Zahlungsverpflichtungen an den Gemeinschaftshaushalt ein ausgewogeneres Verhältnis auf der Grundlage ihrer Leistungsfähigkeit angestrebt werden.

Mit diesen Münchner Beschlüssen hat der SPD-Parteitag sich klar und eindeutig zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft bekannt und auch deutlich gemacht, daß die Völker Europas auf Dauer nur gemeinsam eine gesicherte und friedliche Zukunft gestalten können.

(-/14.5.1982/h1/oa)

+ + +



Krasse Ungleichgewichte
-----**Mehr Sendezeit für Sport in Funk und Fernsehen**

Von Wilhelm Schmidt MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Sport des niedersächsischen Landtages

Aus den Grußworten und Sonntagsreden der Politiker klingt es dem Zuhörer immer wieder entgegen: "Der Sport hat gerade in der heutigen Zeit eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung, er fördert nachhaltig die Bildung, die Gesundheit..."

Entsprechen die Programme von Funk und Fernsehen diesem Anspruch? Wohl kaum, denn nach der Statistik betrug 1980 der Anteil des Sports am gesamten Hörfunkprogramm nur 1,7 Prozent und am gesamten ARD-Fernsehprogramm nur 8,6 Prozent. Das ZDF liegt im Vergleich auch nicht besser oder schlechter. Es liegt also offenbar ein quantitatives Problem vor, das von den Programmverantwortlichen gelöst werden müßte. Zur Ausweitung des Sendeanteils gehört deshalb in erster Linie eine adäquate personelle und technische Ausstattung, damit die Anstalten und vor allem ihre jeweiligen regionalen Einrichtungen ein umfangreicheres Angebot leisten können.

Die Aktivitäten des Sports, dessen Organisationen allein in Niedersachsen mehr als zwei Millionen Menschen angehören, in Funk und Fernsehen gerecht darzustellen, ist jedoch auch ein qualitatives Problem. Einige kritische Anmerkungen zu diesem Aspekt aus meiner Sicht:

- Überbetonung des Spitzensports gegenüber dem Breitensport, obwohl die Anzahl der spitzensporttreibenden Aktiven verschwindend gering ist,
- Vernachlässigung der Hintergrund-Berichterstattung,
- ungleichmäßige Berichterstattung über einzelne Sportarten (Fußball erreicht einen Anteil von mehr als 30 Prozent),
- ungenügende Regional-Berichterstattung, die auch eine Chance für mehr Breiten- und Amateursport-Übertragungen sowie für einen guten, praxisnahen Einstieg von Nachwuchs-Journalisten bieten würde,
- Berichterstattung über Profi- und Amateursport steht nicht im richtigen Verhältnis,
- Inkonsequenz und ungleiche Behandlung bei Übertragungen mit Werbung zwischen einzelnen Sportarten,
- kaum Informationen über Gesundheitssport,
- mangelhafte Zusammenarbeit zwischen Rundfunkanstalten, Universitäten und Sportorganisationen mit dem Ziel einer verbesserten Ausbildung von Sportjournalisten,
- krasse Vernachlässigung des Frauensports.

Diese Stichworte müßten differenziert und ausführlicher dargestellt werden, doch dürfte ihre Aufzählung schon hinreichend die bestehenden Defizite aufgezeigt haben.

Die Verantwortlichen, darunter auch die Vertreter des Sports in den Rundfunkgremien, müßten sich für die Problemlösung mehr als bisher offen zeigen. Eine quantitativ bessere Besetzung der Rundfunkanstalten mit Sportjournalisten und mehr Sport-Sendezeit könnten auch schnell einige der qualitativen Mängel reduzieren.

Übrigens: Bei den gedruckten Medien sind diese Defizite im Durchschnitt nicht so groß. Dort hat man wohl erkannt, daß durch Sportberichterstattung auch Leser zu gewinnen sind.

Sollte dieses Motiv, ganz abgesehen von den eingangs erwähnten Hintergründen, nicht ein schnelles Umdenken und Handeln bei den Rundfunk- und Fernseh-Programmgestaltern bewirken können?

(-/14.5.1982/vo-he/ca)

+ + +



Vertrauen steht auf dem Spiel
-----**Europäische Verkehrspolitik und die alpenüberschreitenden Verkehrswege**

Von Volkmar Gabert MdEP

Mitglied des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum

Vom 7. bis 9. Mai 1982 fand eine Konferenz der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum in Saalbach/Hinterglemm im Land Salzburg statt. An dieser Tagung nahmen 40 Abgeordnete aus den Parlamenten der Alpenregion, und zwar aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich, der Schweiz und Italien teil.

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments, der Abgeordnete Horst Seefeld, unterstrich die Bedeutung der alpenüberschreitenden Verkehrswege für den europäischen Verkehr. Der gesamte Nord-Süd-Verkehr in Europa, sowie ein Großteil des West-Ost-Verkehrs und umgekehrt, müssen irgendwo die Alpen überqueren. Vor allem durch den Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft sei dieses Problem noch bedeutsamer geworden. Seefeld bedauerte, daß der Ministerrat der Gemeinschaft sich immer noch nicht zu einer europäischen Verkehrspolitik durchringen konnte. Wenige Entscheidungen in Teilbereichen seien kein Ersatz dafür. Das Parlament dränge energisch auf eine solche Verkehrspolitik und bereite gegen den Ministerrat eine Untätigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vor.

Verkehrswege im Alpenraum seien wesentlich kostenintensiver als in anderen Teilen Europas. Deswegen sei es unverständlich, daß der EG-Ministerrat zum Beispiel seit Jahren die Rechtsgrundlage noch nicht verabschiedet hat, die es ermöglicht, daß sich die Europäische Gemeinschaft an der Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im europäischen Interesse auch in Drittländern beteiligen kann.

Der Abgeordnete wies als Beispiel auf das unmögliche Verhalten des Ministerrates im Zusammenhang mit der Innkreis-Pyhrn-Autobahn hin. Vor sechs Jahren habe die Republik Österreich wegen ihres ständig steigenden Transitaufkommens einen Antrag in Brüssel um einen Finanzbeitrag für den Ausbau der Innkreis-Pyhrn-Autobahn gestellt. Im Dezember 1981 habe der Ministerrat der Kommission ein Verhandlungsmandat erteilt, aber ausdrücklich Verhandlungen über Finanzbeiträge davon ausgeschlossen. Dieses könne man als eine skandalöse Haltung bezeichnen; denn der Republik Österreich seien in den Vorgesprächen Hoffnungen gemacht worden, die nicht erfüllt wurden. Das Vertrauen der Drittländer in die Europäische Gemeinschaft würde durch solches Verhalten stark erschüttert.

Weitere wichtige alpenüberschreitende Verkehrswege, wie zum Beispiel der Eisenbahntunnel durch den Brenner und der St. Gotthard-Tunnel in der Schweiz, würden dadurch verzögert, da es sich Österreich zum Beispiel überlegen werde, Verkehrswege, die im wesentlichen eine europäische Bedeutung haben, vorrangig aus eigenen Mitteln auszubauen.

Der Verkehrsminister der Republik Österreich, Karl Lausecker, stellte fest, daß die österreichische Regierung natürlich bereit sei, auch trotz des unzureichenden Verhandlungsmandats der Kommission Gespräche zu führen. Sie sei aber nicht bereit, Belastungen der europäischen Verkehrspolitik zu übernehmen, ohne daß gleichzeitig



konkrete Verhandlungen über die Finanzsituation geführt werden. 95 Prozent des Transitverkehrs auf österreichischen Straßen seien durch die Europäische Gemeinschaft verursacht. Der Transit im Straßengüterverkehr durch Österreich sei von 4,5 Millionen Tonnen im Jahre 1972 auf heute fast 13 Millionen Tonnen gestiegen.

Das sei mehr als das Transitvolumen durch die Schweiz, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zusammengenommen. In so großen Flächenstaaten wie in der Bundesrepublik Deutschland betrug der Gütertransitverkehr 1979 ungefähr neun Millionen Tonnen und in Frankreich ungefähr acht Millionen Tonnen. Eine solche europäische Belastung, die durch den Beitritt Griechenlands noch verstärkt werde, könne die Republik Österreich allein nicht mehr tragen, da der Ausbau der Achsen für die Verbesserung des inner-österreichischen Verkehrs nicht auf Kosten der europäischen Transitwege weiter zurückgestellt werden könnte.

Lausecker setzte sich energisch für eine Priorität der Schiene beim Schwerlastverkehr ein, und verlangte bei verkehrspolitischen Entscheidungen Infrastrukturinvestitionen für die Bahn. Er machte klar, daß die Republik Österreich nicht bereit sei, das Höchstgewicht für den Straßengüterverkehr von 38 Tonnen zu erhöhen. Der Schwerlastverkehr gehöre auf die Schiene oder auf die Wasserstraße. Die österreichische Regierung appelliere an die Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam mit den anderen Donau-Anliegerstaaten den Rhein-Main-Donau-Kanal fertigzustellen, damit er verkehrspolitisch und europäisch zur Geltung kommt.

Die Abgeordneten werden in ihren Parlamenten eine Verstärkung der Rolle der Eisenbahn in der Verkehrspolitik verlangen. Diese sei gerade für alpenüberschreitende Verkehrswege aus Gründen des Umweltschutzes und der Erhaltung der Natur von großer Bedeutung. Sie unterstrichen dabei die Wichtigkeit des kombinierten Verkehrs zwischen Straße und Schiene. Das Mitglied des Europäischen Parlaments, Volkmar Gabert, erklärte, daß auch nun endlich der Ministerrat eine politische Entscheidung für die Priorität der Infrastrukturinvestitionen bei den Eisenbahnen getroffen habe. Der kombinierte Verkehr gewinne immer mehr an Bedeutung und entwickle sich auf langen Strecken auch wirtschaftlich. Im Alpenraum sei der kombinierte Verkehr von Nord-Europa über die Schweiz nach Italien bedeutsam. 1980 wurden mit dieser Verkehrsart bereits 900.000 Tonnen bewegt. Allein in der Bundesrepublik Deutschland habe der kombinierte Verkehr Straße-Schiene auf Versandweiten von 400 Kilometer eine wachsende Bedeutung. Für 1985 erwarte man eine Leistung von 18,5 Millionen Tonnen und für 1990 von 23 Millionen Tonnen.

Die Parlamentariertagung beschloß, die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen zu verbessern und einen Informationspool für die sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktionen in der Alpenregion einzurichten.
(-/14.5.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

